



„Forum Salzburg 2005“: Sicherheitskonferenz der Innenminister und hochrangiger Vertreter aus sieben Staaten.

Chance für Sicherheit und Wohlstand

Die Innenminister der „Salzburg-Gruppe“ trafen sich am 28. und 29. Juli 2005 in Graz zum „Forum Salzburg“. Schwerpunkte der Konferenz waren die Themen der österreichischen EU-Präsidentschaft im Bereich der inneren Sicherheit sowie die Aufnahme Rumäniens in die Salzburg-Gruppe.

Wenn die Mitte Europas sicher und wirtschaftlich erfolgreich ist, so bedeutet das die beste Garantie für die Sicherheit aller beteiligten Staaten, und es bedeutet auch eine besondere Chance für Sicherheit und Wohlstand in ganz Europa“, sagte Innenministerin Liese Prokop bei der Eröffnung des diesjährigen „Forums Salzburg“.

Mit Rumänien wurde erstmals ein neues Mitglied aufgenommen. „Die Aufnahme Rumäniens zeigt, dass die Salzburg-Gruppe ein attraktives Forum ist, dem sich andere anschließen wollen, und dass Rumänien ein wichtiger Partner für die gemeinsame Sicherheit in der Mitte Europas ist. Genau um diese Sicherheit geht es beim Forum Salzburg“, betonte Prokop. Bisher gehörten der Sicherheitspartnerschaft Österreich, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn an. Prokop nutzte das zweitägige Arbeitstreffen vor allem, um den Innenministern der Partnerstaaten

die Schwerpunkte der österreichischen EU-Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2006 zu präsentieren. „Um die Chance der Präsidentschaft zu nutzen, ist eine breite Unterstützung der Salzburg-Gruppe von Vorteil“, erläuterte die Ministerin.

Die Schwerpunkte der österreichischen Präsidentschaft im Bereich der inneren Sicherheit werden sein:

- Neue Nachbarschaft/Westbalkan: Das

FORUM SALZBURG

Initiative Österreichs

Das Forum Salzburg wurde auf Initiative Österreichs im Jahr 2000 aus der Taufe gehoben. Seit 2004 wechselt der Vorsitz in einem halbjährlichen Rhythmus. Derzeit übt Polen den Vorsitz aus. Das Treffen in Österreich fand heuer erstmals in Graz statt.

Ziel ist die Heranführung der Westbalkanstaaten an die Sicherheitsstandards der Europäischen Union, um für mehr Sicherheit im Umfeld der EU und damit für die gesamte Union und Österreich zu sorgen. Im Mai 2006 wird es eine eigene Ministerkonferenz zum Thema „Neue Nachbarschaft und Innere Sicherheit“ geben.

- Der Kampf gegen Korruption: Hier ist das Ziel, ein Netz gegen Korruption zu knüpfen und geeignete Maßnahmen zügig umzusetzen (bis 2007).

- Die Stärkung der polizeilichen Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus und die organisierte Kriminalität: Dadurch sollen die Fähigkeiten im gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus und die organisierte Kriminalität verbessert werden. Der Prümmer Vertrag ist dazu ein erstes großes Pilotprojekt.

- SIS II, VIS, Biometrie und Schengen-evaluierung der neuen Mitgliedstaaten: Hier gilt es, unter Beachtung der Qualitätsstandards rasch zu evaluieren.

• Die Europäisierung des Asyl- und Migrationsmanagements: Österreich möchte zur Schaffung einer gemeinsamen Asylregelung und eines gemeinsamen Asylverfahrens beitragen. 2006 ist auch an die Einrichtung einer Europäischen Unterstützungsbehörde gedacht.

Mehr Sicherheit durch Einigkeit. Beim Treffen in Graz wurde Einigkeit in den genannten Punkten demonstriert. Die Innenminister sprachen sich deutlich dafür aus, dass sie nur gemeinsam zur Sicherheitssituation in der Mitte Europas beitragen und für mehr Sicherheit in den östlichen und südöstlichen, aber auch im nördlichen und nordöstlichen Umfeld sorgen können. „Es muss das Interesse von uns allen sein, die Politik der inneren Sicherheit der Europäischen Union in jenen Punkten gemeinsam mitzugestalten, die für die Sicherheit



„Forum Salzburg 2005“: Die Innenminister vereinbarten die Intensivierung der polizeilichen Zusammenarbeit.

unserer Länder wichtig ist. Wenn wir das tun, handeln wir nicht nur im eigenen Sicherheitsinteresse, sondern auch im Interesse der Europäischen Union“, betonte Prokop. Den Stellenwert, den das Forum Salzburg seit der Gründung im Jahre 2000 einnimmt, wurde durch die Teilnahme hochrangiger Vertreter

erneut unterstrichen. Vizepräsident und EU-Kommissar für Justiz und Inneres Franco Frattini und der Generaldirektor der *International Organization for Migration (IOM)*, Brunson McKinley, nahmen am Arbeitstreffen teil.

Terrorbekämpfung.

Franco Frattini betonte in seinem Referat, dass angesichts der gegenwärtigen Bedrohung durch den internationalen Terrorismus die Umsetzung der Ziele des Haager Programms (Mehrjahresprogramm der EU zur Stärkung der inneren Sicherheit) heute für die Sicherheit Europas nötiger denn je sei. Der Vizepräsident wies darauf hin, dass eine Erhöhung der Sicherheit nicht bedeute, die Grundrechte und Grundfreiheiten einzuschränken. Zudem plädierte Frattini für eine intensive Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung des Terrorismus. A.M.

POLIZEILICHE ZUSAMMENARBEIT

Prümer Vertrag

Mit dem Prümer Vertrag wurde der Informationsaustausch zur Verhinderung und Verfolgung von Straftaten zwischen einzelnen EU-Staaten wesentlich verbessert und zugleich ein enger Sicherheitsverbund geschaffen.

Der „Prümer Vertrag“ – unterzeichnet am 27. Mai 2005 in der deutschen Stadt Prüm – stellt die Zusammenarbeit in der inneren Sicherheit zwischen Österreich und sechs weiteren Schengen-Staaten auf eine neue Ebene: „Der Vertrag ist ein Meilenstein bei der Umsetzung des Ziels, den Austausch von Informationen und Daten zu verbessern. Ein Ziel, das Österreich schon seit geraumer Zeit konsequent verfolgt“, sagte Innenministerin Liese Prokop.

Neben Prokop setzten die Innen- bzw. Justizminister von Deutschland, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Frankreich und Spanien ihre Unterschrift unter das Abkommen. „Durch die Unterzeichnung wurde Österreich

zum Gründungsmitglied der EU-Spitzengruppe in der inneren Sicherheit. Unserer Polizei werden ganz neue Möglichkeiten im Kampf gegen den Terrorismus, die organisierte Kriminalität und die illegale Migration eröffnet“, betonte Prokop.

Vorreiterrolle. Die Unterzeichnerstaaten nehmen mit dem „Prümer Vertrag“ eine Vorreiterrolle in Europa ein: Im Bereich der inneren Sicherheit gab es bisher keine derart enge Zusammenarbeit zwischen einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Das Abkommen enthält bereits jetzt eine Reihe an Lösungen, die europaweit noch einer Antwort bedürfen. Damit gilt es auch als Impulsgeber für die weitere Zusammenarbeit in der EU – und als ein Projekt, an dem sich in Zukunft auch andere EU-Staaten beteiligen sollen.

Der Polizei stehen nun bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit neue Optionen zur Verfügung – unter Wahrung des Datenschutzes: beispielsweise der automatisierte Austausch von Fingerabdrücken, der gegenseitige Abruf von Kfz-Register-Daten, der automatisierte Massenabgleich offener DNA-Spuren und der automatisierte

Abruf von DNA-Spuren. Außerdem gibt es einen engen Informationsaustausch – beispielsweise über Störer und Gewalttäter – bei sportlichen Großveranstaltungen, einen gegenseitigen Informationsaustausch zur Verhinderung terroristischer Straftaten, gegenseitige Hilfe bei Großereignissen, Katastrophen und schweren Unglücken sowie umfangreiche Maßnahmen bei Gefahren. Zudem sieht der Vertrag eine Vertiefung der Zusammenarbeit im Bereich der Flugsicherheitsbegleiter und Dokumentenberater sowie eine gegenseitige Unterstützung bei Rückführungen vor. Auch gemeinsame Streifen sind vorgesehen.

Für Österreich bedeutet die enge Kooperation mit fünf Gründungsmitgliedern der EU (Deutschland, Frankreich und die Benelux-Staaten) eine Erhöhung der Mitgestaltungsmöglichkeiten in der Union und den übrigen Mitgliedstaaten.

Bereits 2006, während der österreichischen EU-Präsidentschaft, wird Österreich auf die Erfahrungen aus dem Prümer Vertrag zurückgreifen. Prokop: „Wir werden die Erfahrungen für entsprechende Fortschritte der gesamten Union nützen.“

FOTO: E. WEISSHEIMER